



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in die feministische Diskussion relevanter Themen aus dem Bereich „Gender & Development“ – Argumente gegen Genderblindheit und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 2/2020

## Ökonomisches Empowerment von Frauen

### Einleitung

Ökonomisches *Empowerment* ist eine Grundlage für ein selbstständiges und autonomes Leben von Frauen. Dazu gehört der Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen (Geld/Kapital, Land, Wissen, Arbeit, Zeit...) sowie politische und private Entscheidungs- und Definitionsmacht.

Längst herrscht internationaler Konsens über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von Frauen: Die meisten Länder haben die Frauenrechtskonvention (1979) ratifiziert; jedoch stößt deren Umsetzung in tatsächliche Gleichstellung immer noch viele Hindernisse.

Das gängige globale Wirtschaftsmodell von Ausbeutung, Extraktivismus, Umweltzerstörung und Profitorientierung führt viele Frauen in prekäre, unbezahlte und unterbezahlte Lebens- und Arbeitsverhältnisse sowie in Armut. Diese Formen von Ausbeutung verschärfen sich in Verbindung mit asymmetrischen bzw. patriarchalen Geschlechterverhältnissen. Einkommensunterschiede zwischen Männer und Frauen (*Gender Pay Gap*) in Kombination mit der ungleichen Verteilung der Last der unbezahlten Arbeit sind zentrale Faktoren, die ein ökonomisches *Empowerment* von Frauen verhindern.

Besonders zu beachten ist, dass die soziale Reproduktion der Gesellschaft auf Sorgearbeit (*care labour* oder *care work*) beruht, die zu drei Viertel von Frauen und Mädchen geleistet wird. Viele Frauen des globalen Südens und armer Regionen Europas finden durch Migration Arbeit in der Pflege (*care*) und als Hausangestellte. Diese internationale Migration birgt einerseits Potenzial zur Emanzipation und Selbstbestimmung, andererseits können Frauen leicht in

unterdrückende, ausbeutende und gewaltvolle Abhängigkeitsverhältnisse und soziale Isolation geraten.

Mehrere der im WIDE-Update vorgestellten Beiträge beschäftigen sich mit dem *Empowerment* von Frauen in der Arbeitswelt, vor allem in der informellen Wirtschaft in Ländern des globalen Südens. Auch geht es darum, warum Mikrokredite als propagierter Weg aus der Armut ihr Versprechen so nicht halten, und welche begleitenden Ansätze es braucht, damit Frauen von lokalen Formen des Sparens und der Kreditvergabe profitieren können.

Insbesondere werden in diesem Update die makro-ökonomischen Rahmenbedingungen beleuchtet, die nötig sind, damit Frauen ihre Situation verbessern und Selbstbestimmung erlangen können – eine Frage des politischen Willens, national und international.

### Ausblick: Was ist für ökonomisches Empowerment von Frauen wichtig?

- Fokus auf das Einfordern und Umsetzen der Rechte – von de-iure zu de-facto;
- Menschenwürdige Arbeit zu fairem Lohn – auch für Migrantinnen
- Selbstorganisation und Repräsentation von Arbeiterinnen in Gewerkschaften
- Gewaltfreiheit in formeller und informeller Arbeit und Zugang zum Recht
- Bildung für Mädchen und Frauen
- Wissen und Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten
- Faire Verteilung unbezahlter Care-Arbeit
- Sorgfältiger Umgang mit Mikrokrediten
- Umverteilung von Ressourcen
- Makroökonomische Rahmenbedingungen, die die genannten Ansätze unterstützen.

Viele NGOs – so auch die WIDE-Mitglieder – unterstützen in ihrer Projektarbeit auf verschiedene Weise das ökonomische *Empowerment* von Frauen.

Mehr Information:

[WIDE-Mitgliedsorganisationen](#)

## UN WOMEN: Triebkräfte des Wandels für Geschlechtergerechtigkeit

Soziale Normen; diskriminierende Gesetze und fehlender legaler Schutz; das Versagen unbezahlte Haushalts- und Pflegearbeit anzuerkennen, zu reduzieren und umzuverteilen; und fehlender Zugang zu *assets* in den Bereichen Finanzielles, Digital und Eigentum: Das sind die vier systemischen Barrieren, die das ökonomische Empowerment von Frauen behindern, stellt das „UN High Level Panel on Women’s Economic Empowerment“ in seinem ersten Bericht fest. Diese Barrieren gilt es zu beseitigen, um das ökonomische Empowerment von Frauen zu erreichen, *gender gaps* im Arbeitsbereich zu schließen und somit zur Umsetzung der Agenda 2030 beizutragen.

Es werden sieben Triebkräfte des Wandels bzw. Ansatzpunkte beschrieben, mit denen diese Barrieren überwunden werden können:

1. Diskriminierende Normen verändern und *positive role models* fördern
2. Rechtlichen Schutz gewähren und diskriminierende Gesetze reformieren
3. Unbezahlte Arbeit und Pflege anerkennen, reduzieren und umverteilen
4. Zugang zu *assets* in den Bereichen Digital, Finanzen und Eigentum
5. Unternehmenskultur und –praktiken verändern
6. Die Praktiken des öffentlichen Sektors im Arbeitsmarktbereich verbessern
7. Sichtbarkeit, kollektive Stimme und Repräsentation von Frauen stärken

Diese sieben *drivers for change* sind durchaus aufschlussreich und interessant beschrieben, wobei anzumerken ist, dass das „UN High Level Panel“ keine grundsätzliche Kritik am dominanten makroökonomischen System übt.

UN WOMEN (2016): [Reports and toolkits - Publications of the UN Secretary-General’s High-Level Panel on Women’s Economic Empowerment](#)

## Warum eine geschlechtersensible Makroökonomie so wichtig ist

Eine geschlechtersensible Makroökonomie führt nicht automatisch zur Gleichstellung der Geschlechter, aber sie kann den fruchtbaren Boden für sie schaffen – das ist die zentrale Aussage der Autor\*innen. Das *Briefing-Paper* ist eine gut aufbereitete, verständliche Einführung in die Zusammenhänge zwischen Makroökonomie und Geschlechtergleichstellung.

Leser\*innen finden hier kompaktes Grundlagenwissen zur gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Gender und Ökonomie, zu Grundsatzkonzepten der Makroökonomie inklusive Infoboxen, einer feministischen Kritik am dominanten Wirtschaftsmodell und Argumenten für eine gendersensible Makroökonomie.

Gender & Development Network (2016): [Making the case for macroeconomics in gender equality work](#)

## Oxfam: Ökonomisches Empowerment in einer immer ungleicheren Welt

Oxfam präsentiert in einem Papier dieses Titels eine Ursachenanalyse, warum neoliberale Wirtschaft Frauen als Verlierer\*innen hervorbringt, und formuliert drei konkrete Forderungen einer humanen Wirtschaft, die allen Geschlechtern zugutekommt und nicht nur den obersten ein Prozent. Neoliberale Politiken, die zu schlechteren Arbeitsrechten und geringeren Bezahlung geführt haben, unbezahlte Arbeit, die nicht als Teil der Wirtschaft gerechnet wird, sowie die fehlenden Investitionen in Gesundheits- und Bildungssysteme sowie die zunehmende gefährliche Lage für Gewerkschafter\*innen, die sich gegen ausbeuterische Systeme auflehnen, werden in diesem Papier verdeutlicht.

Die Forderungen, die genannt werden, sind feministische Grundpositionen: die Sicherstellung von *decent work*, die Anerkennung, Reduzierung und Verteilung von unbezahlter Pflegearbeit sowie die Unterstützung feministische Stimmen Gehör und Raum zu verschaffen. Ein lesenswertes Papier, das die Dringlichkeit von ökonomischem Empowerment von Frauen gut analysiert und veranschaulicht.

Oxfam (2017): [An economy that works for women. Achieving women’s economic empowerment in an increasingly unequal world](#)

## Arbeit und die WSK-Rechte von Frauen

In einem Briefing-Paper werden kurz und knapp positive Entwicklungen an der Schnittstelle von Arbeit und Frauenrechten zwischen 1995 und 2016 vorgestellt und einige Staatenempfehlungen des UN-Frauenrechte-Komitees und des UN-Komitees über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK) angeführt (ausführlicher im Annex).

Informativ sind die kompakt dargestellten Kernthemen, die laut den Autor\*innen der Gleichstellung von Frauen im Arbeitsbereich im Wege stehen, darunter: das dominante wirtschaftliche System, Arbeitsmarktsegregation zu Ungunsten von Frauen, unbezahlte Pflegearbeit, Arbeitsmigration von Frauen, die Unterrepräsentation von Frauen in Gewerkschaften, der *Gender Pay Gap* und die Notwendigkeit eines *living wage*.

ESCR-Net (2016): [Women and ESCR Working Group briefing paper: the intersection between work and women's economic, social and cultural rights](#)

## Finanzielle Gleichstellung wäre ein Befreiungsschlag

In mehreren Interviews stellt die Schweizer feministische Ökonomin Mascha Madörin Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Produktionsweise und personenbezogenen Dienstleistungen der Versorgungsarbeit anschaulich dar und erläutert ihre Sicht auf die Defizite der Gleichstellungspolitik. Dabei kommen – ausgehend von der Frage, wie Gendergerechtigkeit erreicht werden kann – grundlegende ökonomische sowie politische Fragestellungen zur Zukunft der Care-Ökonomie als makroökonomisches Thema zur Sprache. Madörin bezieht sich auf den von Eurostat errechneten „Gender Overall Earnings Gap“ (GOEG), den sie für die Schweiz in absolute Zahlen umgerechnet hat und der – im Unterschied zum Gender Pay Gap – die bezahlte und unbezahlte Arbeit in die Berechnung mit einbezieht. Die massive Ungleichheit ist denn auch Grund für die breite Mobilisierung für den Schweizer Frauenstreik im Juni 2019.

Wehrli, Katharina (2019): [„Es wäre ein riesiger Befreiungsschlag“](#)

Madörin, Mascha (2019): [Der Einkommens-GGau der Frauen](#)

Wehrli, Katharina (2019): [Wie die Frauen um 100 Milliarden betrogen werden](#). In: WOZ Nr. 22/2019

## ILO: Quantensprung für die Gleichstellung nötig

In dieser Studie zeigt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auf, was getan werden muss, um Frauen den gleichberechtigten Zugang zu bezahlter Arbeit zu ermöglichen und den Gender Pay Gap zu schließen.

Bildung ist wichtig, aber dennoch sind 41,5% der Frauen mit Universitätsabschluss entweder arbeitslos oder aus anderen Gründen – vor allem wegen Betreuungspflichten – nicht beschäftigt, gegenüber 17% der Männer. Frauen, die Mütter (kleiner) Kinder sind, erleben die stärkste Diskriminierung; oftmals zieht sich ihre Benachteiligung dann auch durch ihr gesamtes Berufsleben. Unfaire Behandlung, Belästigung und Gewalt spielen eine Rolle in Bezug auf die Qualität der Arbeit.

Die Digitalisierung hat unterschiedliche Auswirkungen: Frauen in Schwellenländern laufen derzeit wegen dem zunehmenden Einsatz von Robotik und der teilweisen Rückverlagerung von Fertigungsindustrien Gefahr, Jobs zu verlieren. Demgegenüber sind im Care-Sektor aufgrund der interpersonalen Form der Arbeit Frauenarbeitsplätze weniger von Abbau bedroht.

Ein weiteres Problemfeld ist, dass Frauen gewerkschaftlich ebenso wie auf Arbeitgeberseite und in Managementpositionen unterrepräsentiert sind und dementsprechend weniger auf Entscheidungen Einfluss nehmen können.

Was braucht es? Die ILO nennt mehrere miteinander verschränkte Bereiche: die rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen (keine Toleranz von Gewalt, gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, Mütter- und Väterkarenz; Arbeitsformen, die zu mehr Zeitsouveränität der Beschäftigten führen); Zugang zu Infrastruktur, sozialer Sicherheit und öffentlichen Care-Dienstleistungen.

Öffentliche Strukturen entlasten Frauen und führen zu mehr Gleichberechtigung; sie bieten Frauen auch Arbeitsplätze. In Ländern, in denen ein höherer Anteil des Volkseinkommens für Kindergärten, die Langzeitunterstützung von Menschen mit Behinderung und für Leistungen im Fall von Mutterschaft, Krankheit und Arbeitsunfällen

eingesetzt wird, ist nachweislich der Frauenanteil an den Beschäftigten höher.

Es bedarf flächendeckender Systeme der sozialen Sicherheit, die auch nachhaltig finanziert werden müssen; in der Regel durch eine Mischung aus steuerbasierten Einnahmen und Beitragszahlungen. Es braucht faire Steuern und budgetären Spielraum, um Investitionen im Care-Sektor zu tätigen und zu ermöglichen, was aber auch in Ländern mit niedrigem Einkommen möglich sei.

Eine verantwortungsvolle makroökonomische Politik berücksichtigt auch die von Frauen formulierten Bedürfnisse. Vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Transformationen (technologischer und demografischer Wandel, Klimaerhitzung) wird auch als wichtig erachtet, Frauen ihr Leben lang Lernen zu ermöglichen und weibliches UnternehmerInnentum durch ein frauenfreundliches Umfeld zu fördern.

ILO (2019): [A Quantum Leap for Gender Equality](#) (Executive Summary: 9 Seiten; Langfassung: 108 Seiten)

### OECD: Zeitverwendung im internationalen Vergleich

Diese Initiative der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit der OECD, dem Entwicklungszentrum und der Direktion für Statistik zielt darauf ab, politische und programmatische Lösungen zur Förderung der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen zu ermitteln, indem die unbezahlte Care Arbeit von Frauen anerkannt, reduziert und neu verteilt wird.

In dem OECD-Papier „Measuring Women’s Economic Empowerment“ wird eine neue Analyse von Zeitnutzungsdaten und unbezahlter Pflegearbeit aus Bangladesch, Äthiopien, Peru und Südafrika präsentiert sowie Vergleiche mit OECD-Ländern. Es enthält Empfehlungen für politische Entscheidungsträger\*innen, Geber\*innen und Personen, die in der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten, um die Erreichung der SDGs zu unterstützen.

Dabei stützen sich die Empfehlungen auf die Erkenntnisse aus dem Index der sozialen Institutionen und der Geschlechter sowie auf die Forschung des OECD-Politikdialogs zur Stärkung der wirtschaftlichen Rolle der Frau. Insbesondere zielen die in diesem Papier präsentierten Empfehlungen darauf ab, wie Care-Arbeit erkannt, bemessen und validiert

werden kann, um die Arbeitszeit zu reduzieren, qualitative Infrastruktur zu ermöglichen und unbezahlte Pflegearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen, damit Genderstereotype transformiert werden können.

OECD (2019): [Measuring Women’s Economic Empowerment. Time Use Data and Gender Inequality](#)

### ILO: Verdoppelung der Jobs im Care-Sektor notwendig

In einer groß angelegten Untersuchung hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO „Care-“ bzw. „Sorgearbeit“ aus verschiedenen Blickwinkeln unter die Lupe genommen, vor allem aus Sicht der Personen, die Care-Arbeit leisten. Daten aus unzähligen Ländern mit unterschiedlicher Wirtschaftslage wurden analysiert.

Die ILO konstatiert einen globalen Trend zur Verringerung der Haushaltsgröße, der mit einer besonders hohen Belastung von armen und am Land lebenden Frauen, von in Schwellenländern lebenden Frauen sowie von Alleinerzieherinnen einhergeht.

Es ist bekannt, dass ein enger Zusammenhang zwischen unbezahlter Care-Verantwortung und den Job-Chancen von Frauen besteht. 647 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter sind wegen familiärer Verpflichtungen nicht in bezahlter Arbeit tätig. Während Frauen mit Betreuungspflichten für Kinder unter 5 Jahren einen Arbeitsmarkt-Malus erleben, ist bei Männern, die abhängige Familienmitglieder haben, das Gegenteil der Fall: Für sie ist nur im Ausnahmefall die Existenz von Kindern ein Hinderungsgrund für bezahlte Beschäftigung. Überbelastung und fehlende Wertschätzung im Bereich privater unbezahlter Arbeit sowie schlechte Bezahlung und Zeitarmut in der bezahlten Care-Arbeit sind Bedingungen, die sich negativ auf die Qualität der Care-Arbeit an den abhängigen Personen auswirken. Unter ihnen machen Kinder die weitaus größte Gruppe aus; weiters sind das chronisch kranke und ältere Angehörige sowie Menschen mit Behinderungen.

Global gesehen leisten Frauen drei Viertel aller unbezahlten Haushalts-, Betreuungs- und ehrenamtlichen Arbeit. Täglich werden unbezahlt 16,4 Milliarden Stunden Arbeit geleistet. Das entspricht 2 Milliarden Menschen, die täglich 8 Stunden arbeiten. Würde die gesamte unbezahlte Haushalts- und Betreuungsarbeit auf der Basis von

Mindestlöhnen in Geld bewertet, würde das laut ILO 9% der globalen Wertschöpfung (BIP) entsprechen.

Der steigende Care-Bedarf muss bei den öffentlichen Ausgaben berücksichtigt werden, um die Mehrbelastung nicht weiter auf Frauen überzuwälzen und so ihre Verdienstmöglichkeiten zu beeinträchtigen. Die ILO hat berechnet, dass sich bis 2030 die Zahl der Jobs im gesamten Care-Sektor (einschließlich dem Bildungs- und Sozialsektor) auf knapp eine halbe Milliarde Jobs verdoppeln wird müssen.

ILO (2018): [Care work and care jobs for the future of decent work](#), (Zusammenfassung: 21 Seiten; Langfassung: 526 Seiten)

### **UNRISD: Sozial- und Solidarwirtschaft aus feministischer Sicht**

Die feministische Analyse der Praktiken der Sozial- und Solidarwirtschaft (SSE) in den sechs untersuchten Fällen, die in diesem Paper vorgestellt werden, ergab eine Reihe von Einschränkungen, die das Bestehen, den Umfang, die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit der staatlichen Maßnahmen für SSE untergraben können. Diese Einschränkungen beziehen sich u.a. auf politische, institutionelle und finanzielle Handlungsfähigkeiten staatlicher Institutionen sowie politischer Inkohärenz.

Das hier vorgestellte Papier weist auf wesentliche Forschungsergebnisse hin, die feministischen Forderungen schon länger zugrunde liegen: Der Staat muss seiner Verantwortung im Bereich der sozialen Reproduktion im Rahmen struktureller Veränderungen für die Entwicklung von SSE-Initiativen nachkommen, denn nur so können feministische und transformative Politiken für eine Sozial- und Solidarwirtschaft erreicht werden. Dieses Papier ist nicht nur ein Aufruf für politische Entscheidungsträger\*innen, sondern auch für Organisationen, die im SSE-Bereich arbeiten sowie für zivilgesellschaftliche Bewegungen.

UNRISD (2018): [Making Public Policies for SSE Sustainable, Feminist-Conscious and Transformative: Exploring the Challenges](#)

### **Neue ILO-Konvention gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt**

Im Juni 2019 wurde ein neues Übereinkommen der Internationalen

Arbeitsorganisation (ILO) verabschiedet, in dem anerkannt wird, dass „Gewalt und Belästigungen in der Arbeitswelt eine Menschenrechtsverletzung darstellen (...), eine Bedrohung für die Chancengleichheit, inakzeptabel und mit menschenwürdiger Arbeit unvereinbar (ist)“.

Gewalt und Belästigung im Sinne des ILO-Übereinkommens 190 wird definiert „als eine Bandbreite von inakzeptablen Verhaltensweisen und Praktiken oder deren Androhung (...), die darauf abzielen, zur Folge haben oder wahrscheinlich zur Folge haben, physischen, psychischen, sexuellen oder wirtschaftlichen Schaden zu verursachen und umfasst auch geschlechtsspezifische Gewalt und Belästigung“. Der Text weist die ILO-Mitgliedsstaaten darauf hin, dass sie „eine große Verantwortung dafür haben, ein allgemeines Umfeld von Nulltoleranz gegenüber Gewalt und Belästigung zu fördern“.

Das [Übereinkommen](#) befindet sich derzeit im Ratifizierungsprozess.

ILO (2019): [Jubiläumserklärung und neues Übereinkommen zur Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt](#)

### **(Gewerkschaftliche) Frauenkämpfe in Afrikas informeller Wirtschaft**

Bei einer Veranstaltung von Weltumspannend arbeiten / ÖGB und VIDC im Oktober 2019 in Wien berichtete Lorraine Sibanda von der Vereinigung informeller Arbeiter\*innen in Zimbabwe (ZCIEA), wie ZCIEA auf Empowerment durch Austausch und Fortbildung setzt und die Frauen dazu ermutigt, selbst Lösungen zu finden und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. 95% der arbeitenden Menschen seien informell tätig, davon zu 60% Frauen. Ein wiederkehrendes Problem ist Gewalt gegen informelle Händlerinnen. Die Frauen beschränkten in einem Fall den Rechtsweg, waren erfolgreich und konnten schließlich einen eigenen Markt aufbauen, der mit Toiletten, Duschen und Lagerräumen ausgestattet wurde.

ZCIEA ist Mitglied von „Streetnet International“, einem internationalen Netzwerk von Straßenhändler\*innen, und bezieht daraus Unterstützung und Erfahrungsaustausch.

Teresa Wabuko von KUDHEIRA, der kenianischen Gewerkschaft für Angestellte in Haushalten, Hotels, Bildungsinstitutionen und Krankenhäusern, erklärte bei der Veranstaltung, dass auch Schul- und Universitätsabsolvent\*innen immer häufiger keine Anstellung finden und sich selbst Arbeit schaffen müssen, um über die Runden zu kommen. KUDHEIRA macht derzeit die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu den Rechten von Hausangestellten und die jüngsten ILO-Konvention 190 zu Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz bekannt und fordert deren Umsetzung ein. Bei den in KUDHEIRA organisierten Arbeiterinnen zeige sich die Überschneidung von informeller und formeller Ökonomie. Es sei dringend notwendig, herkömmliche Gewerkschaftsarbeit zu überdenken und auch informell Beschäftigte zu inkludieren.

WIEGO („Women in Informal Economy: Globalizing and Organizing“) ist ein internationales Aktions- und Forschungsnetzwerk, das Gewerkschaften informell arbeitender Frauen im globalen Süden unterstützt, sei es durch die Aufbereitung von Daten oder die Vermittlung von Wissen über Sozialversicherungsmodelle oder zum Arbeitsrecht. Karin Pape von WIEGO erklärte, dass Streiks unter informell Arbeitendes kein großes Thema seien, weil es keinerlei Kompensation der Einkommenseinbußen gibt. Oft aber gäbe es Kämpfe um rechtliche Anerkennung und gegen Willkür. Für Gewerkschaften sowie EZA-Organisationen gelte es, verstärkt den Dialog mit Organisationen informell Arbeitender zu suchen und – unter realistischer Einschätzung der eigenen Möglichkeiten – der Fragmentierung der Solidarität entgegenzuarbeiten.

VIDC u.a. (2019): [Unerhört? Frauen und ihre Kämpfe in Afrikas informeller Wirtschaft. Kurzbericht](#)

### Zimbabwe: Kampf gegen die Entrechtung von Witwen

In einem Report zeigt Human Rights Watch auf, wie die Entrechtung von Frauen, die zu Witwen werden, im Zimbabwe zu ihrer Verarmung und sozialem Ausschluss führt. Wenn eine Frau Witwe wird, wird ihr traditionellerweise alles Eigentum, auch das Haus, das sie gemeinsam mit dem Ehemann bewohnt hat, und die Felder, die sie während ihrer Ehe bewirtschaftete, von den Verwandten ihres Mannes weggenommen.

Nur wenn sie beweisen kann, dass sie verheiratet war, kann sie mithilfe einer NGO ihr Recht durchsetzen. Viele Witwen geben nach, weil sie den dauernden Quälereien und der Verfolgung durch die Verwandten nicht standhalten.

Über 250 Millionen Witwen weltweit leiden unter Diskriminierung und vielfachen Misshandlungen. 2015 zählte die Loomba Stiftung über 38 Millionen Witwen in extremer Armut. Im Jahr 2016 hat die Afrikanische Union zur Afrikanischen Charta der Menschenrechte ein [Protokoll zu den Rechten alter Personen](#) angenommen.

Gesetzlich sind in Zimbabwe gleiche Erbrechte für Frauen und Männer vorgeschrieben, doch Witwen kommen nicht zu ihrem Recht. Es wird geschätzt, dass in Zimbabwe 70% der Paare in nicht-registrierten Verbindungen leben. Der Regierung und dem Parlament von Zimbabwe wird daher empfohlen, dass möglichst alle Eheschließungen offiziell registriert werden und sie auch posthum auf Basis von Zeugenaussagen noch genehmigt werden sollten. Weiters werden öffentliche Kampagnen der Bewusstseinsbildung gegen die ungesetzliche Aneignung von Eigentum vorgeschlagen und für Witwen in ländlichen Gebieten Zugang zum Recht gefordert.

Human Rights Watch (2017): [Zimbabwe: Widows Deprived of Property Rights. Property Grabbing Leaves Many Older Women Destitute](#) (53 Seiten)

### Oxfam: Zeit zu Sorge(n)

Im Report „Time to care“ beleuchtet Oxfam die globalen Relationen zwischen Arm und Reich und macht durch (neue) plastische Vergleiche sichtbar, in welcher Dimension der Ungleichheit wir uns bewegen. Oxfam zufolge übersteigt der Reichtum der 22 reichsten Männer der Welt zusammengenommen das Vermögen aller Frauen in Afrika. In diesem Report wird speziell auf unter- bis unbezahlte Frauenarbeit Bezug genommen und herausgearbeitet, inwiefern Reichtum auf Sexismus und Frauendiskriminierung beruht.

Oxfam (2020): [Time to care. Unpaid and underpaid care work and the global inequality crisis](#)

### Öffentliches Gut oder privates Vermögen?

Der öffentliche Sektor sowie die Zunahme von privatem Reichtum stehen in diesem 106 Seiten langen Oxfam-Briefing-Paper im

Zentrum der Analyse sowie Kritik. Mit Grafiken, Statistiken und inhaltlichen Kurzzusammenfassungen gibt dieses Paper einen guten Überblick zum Gesundheits- und Bildungssektor aus gendersensibler Perspektive und plädiert für ein faires Steuersystem zur Umverteilung von Vermögen.

Oxfam (2019): [Public good or private wealth?](#)

## FEMNET: Wachstum für wen? Eine panafrikanische feministische Kritik

Crystal Simeoni von FEMNET setzt sich in diesem 13-seitigen Paper aus einer panafrikanischen feministischen Perspektive heraus mit makroökonomischen *Policies* und ihren Auswirkungen auf Frauen auseinander. Bilder von *Africa Rising* verdrängen immer mehr Bilder der Armut, so die Autorin.

Das Wirtschaftswachstum in Afrika, das auf strukturellen Barrieren für Frauen fußt, geht jedoch Hand in Hand mit einer wachsenden Ungleichheit, von der Frauen und Mädchen am stärksten betroffen sind. Crystal Simeoni kritisiert den verkürzten Gebrauch des Begriffs *women's economic empowerment* und stellt diesem eine umfassende feministische Definition und daraus abgeleitete Aktionsfelder entgegen. Interessant sind auch ihre Überlegungen zu „*making data work*“ – wie also Datensammeln handfestes Unterfutter für die Entwicklung von Alternativen liefern und die Auswirkungen der jetzigen Wirtschaftsmodelle auf die Lebensrealitäten der Frauen und ihre Rechte zeigen kann.

The African Women's Development Fund (AWDF) (2019): [Growth for Whom? A Pan-African Feminist Reflection on Marco Level Economic Politics](#)

## Tragen öffentlich-private Partnerschaften zur Geschlechtergleichstellung bei?

Ein in Koproduktion von EURODAD, FEMNET und GADN erstelltes kurzes Briefing Paper liefert eine fundamentale Kritik an öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) bei sozialen Dienstleistungen und Infrastrukturprojekten und ihrer Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter. Basierend auf einer Analyse beschreiben die Autor\*innen anschaulich und konkret, wie PPPs Frauenrechte aushöhlen und der Geschlechtergerechtigkeit zuwiderlaufen. Der kritischen Begutachtung

der PPPs vorangestellt ist eine grundlegende Einführung in die Frage, wieso öffentliche Dienstleistungen besonders wichtig für die Gleichstellung der Geschlechter sind und Frauen in besonderem Maße auf sie angewiesen sind. Ein starkes Plädoyer für staatlich finanzierte Dienstleistungen.

EURODAD, FEMNET, GADN (2019): [Can public-private partnerships deliver gender equality?](#)

## Europäische Investment-Bank: ShelInvest

Eine Milliarde Euro stellt die Europäische Investment-Bank (EIB) bereit, um – so heißt es in der Presseaussendung – die Gleichstellung und das Unternehmertum von Frauen in Afrika zu fördern, digitale Innovationen und Finanzlösungen für Frauen zu verstärken und geschlechtergerechte Klimafinanzierungen anzubieten.

Bei den Mitteln handelt es sich um Kreditfinanzierungen, ergänzt durch Beratungen. Die Initiative ist laut Bank ein Beitrag zur „*2X Challenge*“, mit der über Kreditvergabe die Gleichstellung von Frauen unterstützt werden soll.

Die Initiative fügt sich ein in ein neoliberales Wirtschaftsmodell, in das feministische Elemente eingebettet werden (*siehe auch unten die Kritik an kommerziellen Mikrokrediten*).

Europäische Investitionsbank (2019): [ShelInvest für Afrika](#)

## Mikrokredite: Ein marktförmiges Konzept der Befreiung

In einem Essay (2016) analysiert Christa Wichterich (WIDE+) die Folgen der entwicklungspolitischen Strategie, Mikrokredite als Instrument des Empowerments von Frauen einzusetzen. Sie analysiert die Verflechtung von Mikrokrediten „als gegenderte Instrumente an der Schnittstelle zwischen Mikrofinanz-industrie, Politik und sozialer Reproduktion“. Beispiele vor allem aus Südasien dienen der Illustration von Genderstereotypen, fragwürdigem Empowerment, Gruppendruck und Kontrolle von Frauen durch Frauen, Überschuldung und Abhängigkeit unter dem Dach von ‚finanzieller Inklusion‘.

In nicht-kommerzieller Form von Weltbank und Hilfswerken begonnen und propagiert, wurde das Konzept der Vergabe von Mikrokrediten an arme Frauen seit den 90er

Jahren von kommerziellen Mikrofinanzinstitutionen (MFI) übernommen, die sich u.a. über große Banken und Entwicklungsagenturen wie die deutsche KfW kapitalisieren und mit Haftungen absichern. Die hohe Rückzahlungsmoral von Frauen hat Mikrokredite auch kommerziell interessant gemacht. Die dadurch propagierte „finanzielle Inklusion“ hat Frauen als Schuldnerinnen in globale Finanzströme eingebunden und zu einer „Finanzialisierung der Armut“ geführt.

„Aus einer mehrdimensionalen Perspektive stellt die Mikrofinanzierung eine Schnittstelle von vier sich überschneidenden, aber jeweils eigendynamischen Machtverhältnissen dar: nämlich a) neoliberalen Politiken, b) dem globalen Finanzmarktregime, c) Kreisläufen von Produktion und sozialer Reproduktion und d) der Geschlechterordnung. In die durch diese Machtregime geprägten Mikrokredite sind die sozialen Ungleichheitskategorien Klasse/Kaste, Hautfarbe/Ethnie, Geschlecht und Kolonialismus/ Nord-Süd-Ungleichheit eingeschrieben“, so Wichterich.

Der Effekt des Empowerments von Frauen durch Mikrokredite ist überschaubar. In einigen Fällen führt das Verwalten von Geld zu höherem Prestige der Frauen und einer Veränderung der zugeschriebenen Rolle. Meist aber gibt es kaum messbare Effekte; manchmal auch negative Effekte wie Überschuldung. Der Mikrokredit-Boom führte zu einer Ablöse von Formen lokalen Sparens in Gruppen und des Leihens und Verleihens kleiner Beträge unter Frauen. Auch Mikrokredite werden – anders als intendiert – häufig für Notfälle wie medizinische Behandlungen, dringende Haushaltsausgaben oder auch für soziale Anlässe wie Hochzeiten verwendet und nicht immer für produktive „einkommensschaffende“ Zwecke.

Die Idee der Schaffung von Einkommen geht auch nicht immer auf; oft werden Ideen untereinander abgeschaut und es kommt lediglich zu einem Verdrängungswettbewerb auf lokalen Märkten. Die Zinsen sind beträchtlich (in Indien etwa wurden sie mit 28% gedeckelt); die Laufzeiten kurz; oft müssen in Wochenabständen Zinsen bzw. Raten bezahlt werden. Für kommerzielle MFI zählt nur die Zahl der Frauen, die sie unter Vertrag bringen können, und die Rückzahlung, nicht aber Sparen oder eine entwicklungsorientierte oder emanzipatorische Verwendung des Kredits.

Christa Wichterich kritisiert, dass die Entwicklungszusammenarbeit in diesem marktformigen Konzept der Befreiung armer Frauen feministische und neoliberale Ziele verknüpft. Mikrokredite erscheinen als eine „neoliberale Herrschaftstechnik, durch die Frauen Selbstreglementierung erlernen und in die Märkte als selbstverantwortliche Armutsbekämpferinnen und disziplinierte Schuldnerinnen integriert werden“. Der Fokus auf Mikrokredite entlastet die bi- und multilaterale Entwicklungspolitik wie auch die nationalstaatliche Politik von sozialen Aufgaben.

Sie weist weiters auch auf die enge Verquickung von MFI mit CSR-Initiativen multinationaler Konzerne hin, die ihnen (etwa durch Franchising oder aufgrund des Prestiges) neue Märkte eröffnen. Ein neuerer Trend ist zudem die Vermittlung von kommerziell orientierten Versicherungen, die jedoch nur wenige Leistungen bieten und besonders Bedürftige von vornherein ausschließen.

Christa Wichterich (2016): [Mikrokredite, Rendite und Geschlecht](#)

### CARE: Lokale Spar- und Kreditvereine

CARE International entwickelte das Modell der lokalen „Spar- und Kreditgruppen“ 1991 zusammen mit Frauengruppen in Niger. Seitdem hat CARE mehr als 350.000 Gruppen in 51 Ländern erfolgreich unterstützt. Das Konzept ist vielen afrikanischen Gesellschaften nicht fremd, wird aber bei CARE durch verschiedene „Extras“ komplettiert. Das System beruht auf dem Vertrauen der Mitglieder einer Gruppe. Sie sparen gemeinsam in einem festgelegten Rhythmus und können auf Antrag größere Summen aus dem gemeinsamen Ersparten borgen, um sie zu investieren oder für Notfälle einzusetzen. Die Gruppen formulieren ihre eigenen Regeln, insbesondere in Bezug darauf, wofür Geld geborgt werden kann, wieviel Zinsen gezahlt werden müssen, was passiert, wenn jemand nicht zurückzahlen kann.

CARE hat dieses System in verschiedenen Varianten getestet, mit Frauengruppen und gemischten Gruppen. Über 80% der Mitglieder weltweit sind Frauen, die auch in gemischten Gruppen immer wichtige Rollen einnehmen (z.B. Leitung, Kassa, Schriftführung). Die Gruppenmitglieder werden in verschiedenen Themen geschult. Sie lernen, wie sie den



gemeinsamen Spar- und Kreditfonds verwalten und wichtige Fähigkeiten, um einkommensschaffende Projekte/Aktivitäten zu entwickeln und erfolgreich umzusetzen. Diskussionen rund um Themen wie Geschlechterrollen und soziale Normen, sowie je nach Kontext z.B. sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte oder geschlechtsbasierte Gewalt vervollständigen das Curriculum. Spargruppen tragen so zur Veränderung sozialer Normen für die Gleichstellung von Männern und Frauen bei und beispielsweise dazu, dass mehr Frauen Führungspositionen in den Gemeinden einnehmen. In Niger beispielweise wurden inzwischen zudem Netzwerke und Föderationen von Spargruppen gegründet, um den Einfluss der Gruppen auch auf politischer Ebene zu stärken.

Im Laufe der Jahre lernte CARE viele Lektionen und passte das Modell dementsprechend an. So wurde schnell deutlich, wie wichtig es ist, Männer in den Ansatz einzubeziehen. Denn der Austausch mit Frauen zeigte, dass sie nicht selbstverständlich über die Gewinne aus ihren erfolgreichen einkommensschaffenden Maßnahmen bestimmen können – mitunter entscheiden die Männer, was damit passiert. Zudem führte das gestiegene Einkommen der Frauen zum Teil auch zu Konflikten, insbesondere dann, wenn die Männer nicht auch in die Diskussionen rund um die Selbstermächtigung der Frauen und Veränderung gesellschaftlicher Normen eingebunden waren.

Im Vergleich mit kommerziellen Mikrokreditprogrammen führt dieser Ansatz nicht zur Verschuldung und Überschuldung, da der Zinssatz im Vergleich relativ niedrig ist, die Vergabe des Kredites transparent und das Geld in der Gruppe bleibt. Ein Vorteil der Spar- und Kreditgruppen ist, dass sie ohne externe finanzielle Unterstützung gegründet werden können; andererseits sind dadurch die gesamten ersparten Summen oft nicht sehr hoch und es gibt Wartezeiten in der Gruppe, um zu Finanzierung zu kommen. Dennoch stellen Spargruppen eine Art soziales Sicherheitsnetz dar, sowohl in finanzieller als auch menschlicher Hinsicht. Um sicherzustellen, dass auch die sozial Schwächsten daran teilhaben können, wird immer wieder versucht, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Gemeinschaft für besonders verletzte Mitglieder ihrer Gesellschaft Platz einräumen und sie unterstützen sollte.

Nicht ganz unkompliziert ist in ländlichen Kontexten die Aufbewahrung der Geldboxen. CARE nutzt daher zunehmend auch digitale Lösungen wie etwa „digitale Geldbörsen“ (mobile money) und stellt Verbindungen zu Banken her, damit die Gruppenmitglieder Konten eröffnen können. Letzteres ermöglicht ihnen zudem die Aufnahme formeller Kredite, von denen zuvor sie vielfach ausgeschlossen waren.

Das Modell ist als „Village Savings and Loan Associations“ (VSLA) bekannt geworden, und auf Initiative einiger Personen, inklusive einiger der ersten PromotorInnen des Modells, wurde ein selbständiges [Netzwerk](#) gegründet.

Zum Weiterlesen:

CARE (2019): [Unlocking Access, Unleashing Potential](#)

## SEWA - Indien: Frauenorganisation im informellen Sektor

SEWA (Self Employed Women's Association) ist eine seit 1972 bestehende Frauenvereinigung und Gewerkschaft selbständiger Arbeiterinnen in Indien mit mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern. Die bei SEWA organisierten Frauen verdienen ihren Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit oder kleine Unternehmen. Sie sind ungeschützte Arbeitskräfte, die keine reguläre Anstellung mit Sozialleistungen haben.

In Indien sind laut ILO 81% der Erwerbsbevölkerung außerhalb des organisierten Sektors tätig. Ihre Arbeit ist in den Statistiken nicht sichtbar.

Hauptziel von SEWA ist es, Arbeitnehmerinnen zu organisieren und ihnen Vollbeschäftigung, Arbeitssicherheit, Einkommens-, Ernährungs- und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Den Frauen soll dazu verholfen werden, unabhängig und selbständig zu sein, individuell und kollektiv, sowohl wirtschaftlich als auch in Bezug auf ihre Entscheidungsfähigkeit.

SEWA hat eigene Überlebens- und Aktionsstrategien entwickelt, eingebettet in Maßnahmen der Gemeinwirtschaft (z.B. Landwirtschaft, Handwerks- und semi-industrielle Produktion, Kinderbetreuung, Vermarktung, Training und Bildungsprogramme), die zu einem Modell einer alternativen und sozialen Ökonomie geworden sind, die Millionen von Frauen eine enorme Verbesserung ihres Lebens ermöglicht hat.

SEWA ist sowohl eine Organisation als auch eine soziale Bewegung: ArbeiterInnenbewegung, Genossenschafts- und Frauenbewegung wirken zusammen. Da Frauen die Bewegung anführen, sind sie stark sichtbar und ihre enormen wirtschaftlichen und sozialen Leistungen werden anerkannt.

SEWA: [www.sewa.org](http://www.sewa.org)

### SDGs: Rahmenbedingungen für Empowerment schaffen

Die Women's Major Group analysiert in diesem Positionspapier die Lücken und Herausforderungen der *Sustainable Development Goals* (SDGs) 4, 8, 10, 13, 16 und 17 aus feministischer Sicht. Die fortwährende Kritik, dass die SDGs das neoliberale Wirtschaftssystem stärken, nicht aber verändern wollen, der damit einhergehende Extraktivismus, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, den Geschlechtern sowie marginalisierten Gruppen wird in diesem sehr gut erarbeiteten Positionspapier Rechnung getragen. Es wird hervorgehoben, dass es keine weiteren technischen Instrumente, sondern einen politischen Willen und politische Kohärenz braucht, um Steueroasen, Waffenexporte und Umweltzerstörungen zu beseitigen.

Women's Major Group (2019): [High Level Political Forum Position Paper "Empowering people and ensuring inclusiveness and equality"](#)

### Arbeitsrechte: Handreichung für Schattenberichte

Um feministischen Aktivist\*innen ein Handwerkszeug zur Erarbeitung von Schattenberichten (zu den nationalen Staatenberichten an die UN) zu geben, hat die asiatische Frauenrechtsorganisation IWRAW

Guidelines herausgegeben, in denen besonders relevante internationale Menschenrechts- und Arbeitsrechtskonventionen erläutert werden, auf die bei der Aufarbeitung von arbeitsbezogenen Frauen-/Menschenrechtsverletzungen Bezug genommen werden kann.

Die Handreichung zielt darauf ab, die arbeitsrechtliche Situation von Frauen in typischen – geschlechtsspezifisch segregierten – Sektoren, insbesondere auch in Teilzeit-, prekären und in informellen Arbeitsverhältnissen, in den Blick zu nehmen. Auf Basis des internationalen Rechts werden Leitfragen zu verschiedenen Problematiken formuliert, die sich vor allem darauf beziehen, wie der Staat seiner Verpflichtung zur Umsetzung der Konventionen nachkommt. Auch der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt, die höhere Belastung von Mädchen und Frauen durch unbezahlte Arbeit und die systemische Unterbewertung von Frauenarbeit werden in einen menschenrechtlichen Zusammenhang gesetzt.

Weiters werden makroökonomische Politiken wie Austerität oder die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur aus einer menschenrechtlichen Perspektive thematisiert und so aufbereitet, dass Aktivist\*innen anhand von Leitfragen relevante Informationen in ihren Ländern recherchieren und in Form eines Schattenberichts darstellen können.

Ein interessantes Tool, das hoffentlich Verbreitung findet und sowohl von Aktivist\*innen als auch von Sozialforscher\*innen genutzt werden kann.

IWRAW Asia Pacific (2019): [Shadow Report Guidelines on Women's Right to Work and Women's rights at Work](#) (48 Seiten)

---

### Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven  
Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien , Tel: (++43-1) 317 40 31  
[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at) [www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at) ZVR-Zahl: 626905553

**Redaktion:** Gertrude Eigelsreiter-Jashari, Brigitte Holzner, Claudia Thallmayer

**Mitarbeit:** Julia Günther, Ilse Hanak, Aleksandra Kolodziejczyk, Edith Schnitzer, Janine Wurzer

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

**WIDE-Update 2/2020**, Ökonomisches Empowerment von Frauen, Wien, Februar 2020

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at).

Datenschutzerklärung: <http://www.wide-netzwerk.at/index.php/ueber-uns/345-datenschutzerklaerung>